



Das Verschwindenlassen von Menschen im Bundesstaat Coahuila, Mexiko

Auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung hielt sich Jorge Verástegui (22) im Oktober 2013 in Berlin auf. Bei einem Besuch im Amnesty-Sekretariat informierte er uns über die Lage der Menschenrechte im Bundesstaat Coahuila und über die Organisation *Fuerzas Unidas por Nuestros Desaparecidos en Coahuila*, FUNDEC (Vereinte Kräfte für unsere Verschwundenen in Coahuila), deren Mitbegründer er ist. Er berichtete uns von der Arbeit, die diese Organisation im Norden Mexikos leistet.

FUNDEC wurde 2009 von Familienangehörigen von Verschwundenen gegründet – eine Reaktion der Betroffenen auf die Unfähigkeit der mexikanischen Behörden, die zahlreichen Fälle von *Desaparecidos* in Coahuila und anderen Bundesstaaten zu klären. Die Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, die Suche und das Wiederauffinden von verschwundenen Verwandten in Coahuila voranzubringen.

Jorge Verástegui ist einer der 320 Angehörigen von *Desaparecidos* in Coahuila. Sein Bruder Antonio Verástegui González und sein Neffe Antonio Verástegui Escobedo wurden am 24. Januar 2009 bei einem Kontrollposten (*Retén*) in der Stadt Torreón von maskierten und schwer bewaffneten Männern festgenommen. Seither fehlt von ihnen jede Spur.

Aufgrund eigener Recherchen durch Familienangehörige hat FUNDEC folgende *similitudes* (Gleichartigkeiten) in Fällen von Verschwindenlassen feststellen können:

- In Coahuila werden immer wieder Männer in Alter zwischen 18 und 35 Jahren, festgenommen. Sie verschwinden und tauchen nicht wieder auf. „Rd. 90% der Verschwundenen in diesem Bundesstaat sind Männer“, so Verástegui. In fast allen Fällen waren die Opfer unterwegs, als sie an *Retenes* von schwer bewaffneten Männern angehalten und festgenommen wurden.
- Bei der Suche nach den *Desaparecidos* stoßen die Angehörigen auf die Gleichgültigkeit der zuständigen Strafermittlungsbehörde, dem *Ministerio Público*. Nicht selten hat das organisierte Verbrechen die nationalen Sicherheitskräfte und regionale Politiker als Verbündete. Das alles macht eine seriöse Suche nach den Verschwundenen unmöglich.
- In den nördlichen Bundesstaaten Coahuila, Chihuahua, Nuevo León, Durango und Tamaulipas hat sich die Lage der Menschenrechte dramatisch entwickelt. Frauenmorde und Verschwindenlassen sind zu einem alltäglichen Phänomen geworden. Diese Verbrechen werden von der organisierten Kriminalität, aber auch von Mitgliedern der nationalen Sicherheitskräfte begangen.

Im März 2011 stattete auf Nachfrage von FUNDEC die UN-Arbeitsgruppe für gewalttames und unfreiwilliges Verschwindenlassen (*Grupo de Trabajo de Desapariciones Forzadas de las Naciones Unidas*) Coahuila einen Besuch ab. Dabei hatte FUNDEC Gelegenheit, die 320 dokumentierten Fälle von Verschwindenlassen vorzustellen.

Ein weiterer Erfolg von FUNDEC war ein Treffen mit dem Bürgermeister von Saltillo, um über die zahlreichen Fälle von *Desaparecidos* zu sprechen. Coahuila ist der bisher

einzigste Bundesstaat, in dem ein solches Gespräch stattgefunden hat. Der Bürgermeister versprach, in allen 320 Fällen Ermittlungen einzuleiten.

Anfang Juni 2013 fand in der Universität von Saltillo u.a. auf Anregung von FUNDEC ein internationales Forum über gewaltsames Verschwindenlassen (*Foro Internacional de Desapariciones Forzadas e Involuntarias*) statt, an dem Vertreter der Regierung, der UNO sowie viele internationale Beobachter – unter ihnen auch Rupert Knox vom Mexiko-Team im IS – teilnahmen. In drei Arbeitsgruppen wurde eine Reihe von Empfehlungen an die mexikanische Regierung formuliert, die die Suche nach *Desaparecidos* effektiver gestalten soll. So wird u.a. eine Revision des Strafrechtssystems, ein Hilfsprogramm für Familienangehörige von Verschwundenen sowie das Erstellen von Suchprotokollen seitens der Staatsanwaltschaft gefordert.

FUNDEC arbeitet in Mexiko eng mit Menschenrechtsorganisationen wie den Menschenrechtszentren *Juan Gerardi* und *Fray Juan de Larios* zusammen. Beide Organisationen wurden von Bischof Raúl Vera gegründet. Sie werden weiterhin nach ihren *Desaparecidos* suchen, auch wenn sie dabei von der organisierten Kriminalität und von staatlichen Sicherheitskräften immer wieder bedroht und eingeschüchtert werden.

Hamburg, November 2013

Leticia Hillenbrand